Nr. 18. 24. Jahrgang

Berlin, 29. April 1916

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Maigedanken.

Maifeier im Weltkrieg! Es könnte scheinen, als folge man gedankenlos einer alten Gewohnheit, wenn man jetzt, unter so völlig veränderten Verhältnissen, an die Einrichtung der Maifeier erinnert, die vor siebenundzwanzig Jahren von den Vertretern der Arbeiter aller Länder beschlossen wurde. Diesen Beschluß, der in der Geburtsstunde der Internationale der Arbeiter gefaßt wurde, die jetzt von vielen als tot angesehen wird; als eines der vielen Opfer, die der Weltkrieg gefordert hat. Wir glauben aber, daß es keine bessere Gelegenheit gibt, für die Ideen zu zeugen, für die Forderungen einzutreten, die den Arbeitern aller Länder gemeinsam sind, als den Maientag im Weltkrieg.

Der Achtstundentag ist das Symbol der Maifeier. Nicht in dem Sinne, wie er damals dem ängstlichen Spießbürger vorschwebte, als die Arbeiterschaft zum ersten Male rüstete, um den selbstgegebenen Festtag zum ersten Male würdig zu begehen. Nicht, daß wir überall die Arbeit ruhen lassen, um durch den gewaltigen Streik die Welt zu zwingen, den Achtstundentag als den gegebenen Zustand anzuerkennen. Nur weltfremde Phantasten glauben an die Allgewalt des Generalstreiks, der mit einem Schlage die Schmerzen der Arbeiterschaft beseitigt. Wer den Dingen mit kühlem Blute ins Angesicht blickt, weiß, daß jede Verbesserung des Loses der Arbeiterschaft nur das Ergebnis systematischer, zielklarer Arbeit ist.

Wenn wir den Achtstundentag als Panier aufpflanzen, dann hat das die Bedeutung, daß wir von dem festen Willen beseelt sind, unser Geschick der eigenen Kraft anzuvertrauen. Wir haben die Kraft, uns aus den Banden zu befreien, in die man uns geschlagen, aber wir können sie nicht zur Geltung bringen, solange uns nicht das einende Band der Solidarität umschlingt. Der Gedanke, der der Maifeier zugrunde liegt, ist die Stärkung der Gewerkschaften. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist der Ausgangspunkt der gesamten Arbeiterbewegung, und die Verkürzung der Arbeitszeit ist die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften. Die überragende Bedeutung dieses Punktes in dem immer weitere Kreise ziehenden Tätigkeitsgebiet unserer Organisationen stets von neuem in Erinnerung zu rufen, das ist der Sinn unserer Maifeier.

Nur unermüdliche Arbeit für den Ausbau und die Kräftigung der Gewerkschaften bringt uns unserem Ziele näher. Jede Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Schritt näher zum Achtstundentag, der wiederum nur ein vorläufiges Ziel ist, mit dessen Erreichung der Zweck der Gewerkschaften noch keineswegs erfüllt wäre. Bedingt die Verkürzung der Arbeitszeit an sich schon eine Erhöhung der Löhne, so zwingt uns die durch den Krieg hervorgerufene ungeheure Teuerung aller Lebensbedürfnisse, ganz besonderen Nachdruck auf eine angemessene Steigerung der Löhne zu legen, ohne aber deshalb unsere sonstige Tätigkeit für die Hebung und Verbesserung der Lage der Arbeiter zu vernachlässigen.

Die Maifeier ist eine Mahnung zur Verstärkung der gewerkschaftlichen Agitation. Durch die Erfüllung ihrer Heerespflicht sind viele Gewerkschaftsmitglieder ihrem bürgerlichen Beruf entzogen. Die Zurückgebliebenen haben die Pflicht, die dadurch entstandenen Lücken in der Organisation nach besten Kräften auszufüllen. Die Umstellung des Wirtschaftslebens während des Krieges bewirkt eine Erschwerung der Gewerkschaftsarbeit. Diese Schwierigkeiten dürfen aber nicht zur Erschlaffung führen, sie müssen im Gegenteil anfeuernd auf den Eifer wirken, mit dem wir uns unserer Aufgabe widmen.

In dem festen Zusammenhalt der Massen liegt das Geheimnis der Kraft der Arbeiterorganisationen. Unermüdlich müssen wir daran arbeiten, bei den Außenstehenden das Verständnis für den Wert der Organisation zu wecken, nicht minder wichtig ist es aber auch, den Zwiespalt aus den eigenen Reihen fernzuhalten. Die Maifeier im Weltkrieg ist ein besonders geeigneter Zeitpunkt, uns diese Aufgabe nachdrücklich in Erinnerung zu rufen. Der Geist der Spaltung geht um in der Arbeiterbewegung. Er droht, das in jahrzehntelanger Arbeit mühsam Errungene zu stören und die Kraft der Organisationen zu lähmen, die wir so notwendig brauchen, um die großen Aufgaben zu lösen, die unser harren. Achten wir darauf, daß dieser schlimme Geist nicht Wurzel schlägt in unseren Gewerkschaften!

Neben dem Achtstundentag ist die Forderung nach dem Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes der Ruf, den wir am 1. Mai mit Nachdruck erheben. In erster Linie steht die Selbsthilfe. Durch den unmittelbaren Einfluß, den wir, gestützt auf unsere Gewerkschaften, ausüben, wollen wir unsere Wirtschaftslage verbessern. Diese Bestrebungen müssen aber gestützt und gefördert werden durch eine das Wohl der Arbeiterschaft fördernde Gesetzgebung. Das lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die Bedeutung, welche eine starke Vertretung der Arbeiterschaft in der Gesetzgebung für die Gewerkschaften hat. Mit tiefem Schmerz haben wir erfahren, daß sich ein Riß aufgetan hat, der die Vertreter des arbeitenden Volkes im Parlament scheidet. Die Erwählten der Arbeiterschaft, die dieser als Führer vorangehen sollten, haben den Massen ein schlechtes Beispiel gegeben.

Einigkeit, straffe Disziplin, Unterordnung des eigenen Willens unter den Willen der Gesamtheit, das sind die grundlegenden Forderungen, welche jede Arbeiterorganisation an ihre Mitglieder stellen muß. Die straffe Disziplin, die unter Verzicht auf Rechthaberei und Eigenbrödelei nur das zu erstrebende Ziel im Auge hat, ist die erste Voraussetzung für den Erfolg der Arbeiterschaft. Die Disziplin in der Arbeiterbewegung bedeutet nicht den Verzicht auf die eigene Meinung; jede Ansicht soll im Rate gehört werden. Aber wenn es zu handeln gilt, dann müssen alle das gemeinsame Ziel verfolgen auf dem Wege, der von der Mehrheit bestimmt wird. Die Arbeiterschaft muß ihren Kampf gegen so viele Feinde führen, sie hat auf allen Seiten so viele Widerstände zu überwinden, daß sie sich den Luxus einer Spaltung nicht leisten kann, ohne sich selbst den schwersten Schaden zuzufügen.

Möge diese Maifeier im Weltkrieg Anlaß geben zur Einkehr und zum Nachdenken über den Bruderzwist und seine Folgen. Noch scheint der Riß nicht unheilbar; noch beschränkt er sich auf den engumgrenzten Personenkreis der parlamentarischen Vertreter der Arbeiterschaft. Aber der Streit wird von ihnen an so weit sichtbarer Stelle ausgetragen, daß er die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich lenkt. Wenn ihm nicht bald Einhalt getan wird, dann ist es unvermeidlich, daß er sich auf die Organisationen im Lande überträgt. Ja, er ist hier schon im vollen Gange, und das Gespenst der Spaltung der Organisationen rückt in immer bedrohlichere Nähe. Von den Gewerkschaften ist der Streit bisher ferngeblieben, es wäre aber töricht, die Augen vor der von dieser Seite drohenden Gefahr zu verschließen. Auch vom Standpunkt der Gewerkschaften muß eine schnelle Beilegung des Zwistes auf das dringendste gewünscht werden.

Der Krieg, der schon so viel Unheil in die Welt gebracht hat, hat auch diesen Streit verursacht. In dem dringenden Wunsch, den Krieg so schnell wie möglich beendet zu sehen, stimmen alle überein, nur in der Beurteilung der Mittel und Wege, die zum Frieden führen, scheiden sich die Geister. Wir sind Gegner des Krieges und haben all die Jahre hindurch nicht nur am 1. Mai für den Frieden demonstriert, sondern auch sonst keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne unserem Friedenswillen Ausdruck zu geben. Mit vollem Herzen waren wir alle bei den Demonstrationen, die im Augenblick der höchsten Kriegsgefahr für die Erhaltung des Friedens veranstaltet wurden. Etwas anderes ist es aber mit unserer Stellung zum Kriege und unserer Haltung im Kriege. Als die Kriegsfurie entfesselt, Deutschland ringsum von Feinden umgeben war, die sich anschickten, unser Land zu verwüsten, Deutschland zu zerstückeln, das Volk dem Elend zu überantworten, da haben wir keinen Augenblick gezögert, unsere Pflicht zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes in vollem Maße anzuerkennen, und wir sind in unserer Ansicht nicht wankend geworden.

Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, zu untersuchen, ob und in welchem Maße das Reich seine Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft erfüllt oder vernachlässigt hat; zu prüfen, wie lang die Liste der noch unerfüllten Arbeiterforderungen ist; das Vaterland ist in Gefahr, und wenn es dieser Gefahr erliegt, dann hat das die schlimmsten Folgen für die Arbeiterschaft. Die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg bedeutet die Vernichtung der Grundlagen unserer Existenz. Nicht nur, daß alles, was wir bisher in mühsamer Arbeit erreicht haben, unter den Trümmern des Reiches begraben werden würde, auf lange Jahre hinaus wäre uns auch der Weg zu neuem Aufstieg verrammelt. Vor diese Frage gestellt, konnte es keine andere Antwort geben als die Verteidigung des Vaterlandes vor den ihm drohenden Gefahren.

Damit sanktionieren wir keineswegs das viele Unrecht, das uns bisher zugefügt wurde; wir geben kein Stück von der Ueberzeugung preis, die wir bisher vertreten haben. Während die wehrfähigen Männer draußen über die Sicherheit des Reiches wachen, wirken wir daheim weiter für die Interessen der Arbeiterschaft und helfen, den Boden vorzubereiten, auf dem wir uns nach dem Kriege neue Rechte erkämpfen wollen.

Die Maifeier war bisher die Gelegenheit, bei der wir die Solidarität der Interessen der Arbeiter aller Länder bekundeten. Es ist ein peinliches Gefühl, bei der Maifeier im Weltkrieg daran erinnert zu werden, daß die Angehörigen der Arbeiterklasse, die, obwohl verschiedene Sprachen sprechend, doch zusammengehören; die, unter dem gleichen Elend leidend, den gleichen Idealen nachstreben, sich jetzt mit den Waffen in der Hand als Feinde gegenüberstehen. Das trägt dazu bei, daß wir die Schrecken des Krieges doppelt schmerzlich empfinden. Diese Empfindung kann uns aber von der Erfüllung unserer Pflicht nicht abbringen. Wie wir, so sind auch unsere Arbeitsbrüder im feindlichen Lager überzeugt, daß sie einer selbstverständlichen Pflicht genügen, wenn sie ihr eigenes Vaterland verteidigen.

Das bringt einen versöhnenden Zug in das grause Kriegsbild. Wir haben kein Verständnis für Haßgesänge, und wie wir für die Selbständigkeit und Freiheit des eigenen Volkes eintreten, lehnen wir es ab, andere Völker unterdrücken und vergewaltigen zu wollen. All unser Sehnen konzentriert sich in dem Wunsch, daß dem Morden endlich Einhalt getan werde, daß endlich wieder der Friede über unserem Erdball leuchte. Aus den Reden, die in letzter Zeit leitende Staatsmänner in beiden Lagern gehalten haben, glauben manche Zeichendeuter Anhaltspunkte für eine sich anbahnende Verständigung herauslesen zu sollen. Ob diese Vermutung begründet ist? Vorläufig donnern noch die Kanonen auf den Schlachtfeldern, noch werden dem Moloch täglich ungezählte Opfer gebracht, noch deutet kein sicheres Anzeichen auf den nahenden Frieden.

Und doch sind alle Völker gründlich des Krieges müde. Alle Welt ist erfüllt von Sehnsucht nach Frieden. Der 1. Mai, an dem die Arbeiter aller Länder so oft ihr Verbrüderungsfest gefeiert haben, ruft die Erinnerung an vergangene Zeiten wach, er lenkt aber auch den Blick in die Zukunft. Der Krieg wird ein Ende nehmen, die Völker werden zu friedlicher Beschäftigung zurückkehren. Lange wird es dauern, bis das wieder aufgebaut ist, was der Krieg zerstört hat. Aber, wenn es auch lange dauern wird, die Spuren des Weltkrieges werden doch einmal vertilgt werden, und neues Leben wird aus den Ruinen blühen. Die Grenzen, die jetzt Millionenheere sperren, werden sich wieder dem friedlichen Verkehr öffnen, und schneller, als man es jetzt ahnt, dürften auch die geistigen Fäden zwischen den Völkern, die der Krieg zerstört hat, aufs neue geknüpft werden.

Um die Internationale der Arbeiter haben wir keine Sorgen. Mag es auch jetzt den Anschein haben, als hätte der Krieg die im Jahre 1889 aufs neue errichtete Internationale zerstört, mögen sich auch im Augenblick dem Zusammenwirken der Arbeitervertreter aus den verschiedenen Ländern anscheinend unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen, so wird sich doch auch in dieser Hinsicht zeigen, daß die Verhältnisse stärker sind als die Menschen. Mit der Wiederanknüpfung friedlicher Beziehungen zwischen den Nationen wird sich sofort auch das Bedürfnis herausstellen, das Verhältnis zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder enger zu gestalten. Wie die besonderen internationalen Verbindungen der Gewerkschaften trotz des Krieges weiter bestehen, so gilt auch für die umfassende Verbindung der Arbeiter das Wort: Die Internationale lebt, denn sie kann nicht sterben!

In den früheren Jahren hat es oft Meinungsverschiedenheiten darüber gegeben, wie das Maifest der Arbeiter würdig zu begehen sei. Wir haben der Frage, ob die Arbeitsruhe für die Maifeier notwendig ist, oder ob Demonstrationen am Abend dem Zweck hinreichend entsprechen, nie eine größere Bedeutung beigemessen. In diesem Jahre wird wohl von der Arbeitsruhe am 1. Mai nirgends die Rede sein, und ob unter dem Belagerungszustand auch nur Abendveranstaltungen zugelassen werden, ist nicht gewiß. Es kommt aber auch wirklich nicht auf die Form an. Auch wenn die Möglichkeit einer gemeinsamen Kundgebung fehlt, kann man der Bedeutung des 1. Mai gedenken. Die Maifeier im Weltkriege bietet für jeden Arbeiter reichlich Stoff zum Nachdenken. Hoffen wir, daß aus diesem Maifesttag die richtigen Lehren gezogen werden.

Die Steigerung der Herstellungskosten im Holzgewerbe.

Ueber das Ergebnis einer von ihr veranstalteten Umfrage berichtet die „Holzwelt" in ihrer Nr. 14 vom 7. April. Eine Anzahl Firmen wurden gefragt, wie hoch sie die seit Kriegsbeginn eingetretene Steigerung der Geschäftsunkosten schätzen. Die Ergebnisse dieser Umfrage, die an der bezeichneten Stelle tabellarisch zusammengestellt sind, zeigen im einzelnen wesentliche Unterschiede. So schwanken die Preissteigerungen für Holzan- und -abfuhr zwischen 40 und 200 Prozent; für Sägen zwischen 10 und 25 Prozent; für Werkzeuge zwischen 10 und 40 Prozent; für Treibriemen zwischen 40 und 400 Prozent; für Beleuchtungszubehör zwischen 15 und 35 Prozent; für Oel zwischen 100 und 500 Prozent; für Leim zwischen 100 und 500 Prozent; für Schellack zwischen 50 und 100 Prozent; für Lack zwischen 25 und 100 Prozent und für Firnis zwischen 100 und 500 Prozent.

Man wird diesen Zahlenangaben keine übertriebene Bedeutung beizumessen brauchen; die große Spannung läßt auch darauf schließen, daß die befragten Firmen recht summarisch geschätzt haben. Jedenfalls steht fest, daß die Produktionskosten im Holzgewerbe eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren haben, die aber von vielen Unternehmern bei ihren Preiskalkulationen noch nicht genügend berücksichtigt wird. Anders sind die unglaublichen Unterbietungen, die man fast bei jeder Ausschreibung von Tischlerarbeiten erleben muß, kaum zu verstehen. Diese Tatsache an sich hätte uns jedoch kaum veranlaßt, von dem Ergebnis der Umfrage Notiz zu nehmen, wenn sie sich nicht auch auf die Arbeitslöhne erstreckt hätte. Das Ergebnis ist aber in dieser Rubrik so interessant, daß es angebracht erscheint, näher darauf einzugehen.

Nach eigener Angabe beträgt die Steigerung der Arbeitslöhne seit Kriegsbeginn bei der Firma Fr. Rahn, Möbel-

fabrik in Berlin, 10 bis 25 Prozent; Parkettfußbodenfabrik Germania, Belgard, 10 Prozent; Holzgroßfirma Tuchmann u. Sohn, Dessau, 20 Prozent; Sägewerk und Holzgroßhandlung S. D. Jaffé, Charlottenburg, 40 bis 50 Prozent; Ernst Mittag G. m. b. H., Holzbearbeitung, Berlin, 15 Prozent; Holzbearbeitungsfabrik George Bendix, Königsberg, 25 bis 35 Prozent; Berliner Holz-Comptoir, Charlottenburg, 40 bis 50 Prozent; Gebr. Wallach, Holzgroßhandlung, Alsfeld, 25 Prozent; A. Mowitz, Möbelfabrik, 10 bis 12 Prozent; Ferd. Wüstefeld, Sägewerk, Hann.-Münden, 20 bis 30 Prozent; H. Saß, Sägewerk, Danzig-Langfuhr, 20 Prozent; C. Fechner, Schneidemühlenbesitzer, Ortelsburg, 50 Prozent; Hugo Forchheimer, Holzgroßhandlung, Frankfurt a. M., 20 Prozent; Sägewerke Böttcher u. Ahrens, Wesenberg, 30 Prozent.

Auch für die Angabe über die Steigerung der Arbeitslöhne dürfte zutreffen, daß es sich um summarische Angaben handelt, die keinen Anspruch auf Genauigkeit erheben. Es will uns aber doch scheinen, als ob die befragten Firmen sehr stark nach oben abgerundet hätten. Wir können die einzelnen Angaben nicht nachprüfen, aber nach den Mitteilungen, die uns bisher über die unseren Kollegen gewährten Teuerungszulagen zugegangen sind, bewegen sich diese fast durchgängig auf einem viel bescheideneren Niveau, ganz abgesehen davon, daß viele Holzarbeiter überhaupt noch keine Zulage erhalten haben.

Während uns die ungewöhnliche Höhe der angeblichen Lohnsteigerungen auffällt, findet die „Bauwelt" die Steigerung geringfügig. Sie schreibt hierzu:

Ein besonders bemerkenswertes Ergebnis unserer Feststellungen ist die Tatsache, daß die Arbeitslöhne nicht so erheblich gestiegen sind wie die sonstigen Gestehungskosten im Holzgewerbe. Das ist einerseits darauf zurückzuführen, daß in vielen Fällen Frauen in den Betrieben eingestellt werden konnten, dann aber auf die Beschäftigung einer großen Zahl von Kriegsgefangenen. Wir haben auch keinen Grund zu der Annahme, daß im ferneren Verlauf des Krieges wesentliche Steigerungen der Arbeitslöhne eintreten werden. Man würde einem Mangel an Leuten immer durch weitere Einstellung von Kriegsgefangenen begegnen können. Im übrigen bleibt zu beachten, daß einer großen Zahl von nur garnisondienstfähigen Soldaten und Kriegsbeschädigten durch das Entgegenkommen der Generalkommandos die Möglichkeit gegeben wird, in die früheren Berufsstellungen im Holzgewerbe zurückzukehren.

Diese Meinungsäußerung ist in mehrfacher Beziehung bemerkenswert. Für die „Bauwelt", die sich als Organ einiger Holzberufsgenossenschaften und mehrerer Verbände von Holzindustriellen bezeichnet, hat die Arbeiterfrage anscheinend nur insoweit Interesse, als der Arbeitslohn einen Posten in der Kalkulation des Unternehmers bedeutet. Daß die Arbeiter auch Menschen von Fleisch und Blut sind, die ein Recht zu leben haben, und die dem Unternehmer durch ihre Tätigkeit erst die Möglichkeit geben, Profite zu erzielen, spielt bei ihrer Betrachtung keine Rolle. Um so notwendiger ist es, daß die Arbeiter sehr nachdrücklich ihr Recht und ihren Anspruch auf ausreichenden Lohn geltend machen. Im Gegensatz zur „Bauwelt" sind wir der Meinung, daß noch eine sehr wesentliche Steigerung der Arbeitslöhne eintreten muß. Unsere Kollegen sind es sich selbst schuldig, diese Forderung mit dem größten Nachdruck zu vertreten.

Beachtenswert sind die Mittel, mit denen man glaubt, den Anspruch der Arbeiter auf eine den Teuerungsverhältnissen angemessene Erhöhung der Löhne abwehren zu können. Da wird in erster Linie die vermehrte Beschäftigung von Frauen in der Holzindustrie genannt. Neben den beurlaubten Soldaten reflektiert man vor allem auf die Beschäftigung von Kriegsgefangenen, wodurch einem Mangel an Arbeitskräften begegnet werden kann. Damit soll verhütet werden, daß etwa die Unternehmer durch Arbeitermangel gezwungen werden, ihren Arbeitern den durch die Teuerungsverhältnisse bedingten Lohnaufschlag zu zahlen. Den Kollegen an den einzelnen Orten empfehlen wir, diese Dinge sorglam im Auge zu behalten und mit um so größerem Nachdruck auf die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen zu bestehen.

Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen.

Der Arbeitermangel, der sich an manchen Orten auch in der Holzindustrie bemerkbar macht, hat verschiedentlich dazu geführt, die Bedienung der gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen minder geeigneten Händen anzuvertrauen. Ob in allen Fällen, in denen es vorkommt, die zwingende Notwendigkeit vorlag, Frauen oder jugendliche Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen zu beschäftigen, mag dahingestellt bleiben. Wahrscheinlich wird mancher Unternehmer die günstige Gelegenheit benutzt haben, sich billige Arbeitskräfte zu sichern. So bedenklich auch der Versuch, an dieser Stelle zu „sparen", erscheint, so stehen uns doch im allgemeinen keine Mittel zur Verfügung, um die Besetzung der Maschinen mit erwachsenen männlichen Arbeitskräften zu erzwingen. Es hat sich aber [illegible] Gelegenheit geboten, über diese Frage eine Aussprache mit dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes herbeizuführen.

Anlaß dazu bot ein Streitfall aus Leipzig. Dort hatten unsere Kollegen gegen die Beschäftigung von Frauen an Holzbearbeitungsmaschinen Einspruch erhoben mit der Begründung, daß dies dem Vertrage widerspreche. In der Schlichtungskommission konnte eine Verständigung nicht erzielt werden, weshalb die Parteien die Entscheidung der Zentralvorstände anriefen. Hier ergab sich völlige Einmütigkeit in der Auffassung, daß die Beschäftigung von Frauen an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen durchaus unerwünscht [illegible] wurde aber auf den gegenwärtigen Ausnahmezustand hingewiesen, der in manchen Fällen den Unternehmer zwinge, auf die Frauenarbeit zurückzugreifen. Es dort sich dabei aber nur um Ausnahmen handeln, [illegible] muß danach gestrebt werden, so bald als möglich den normalen Zustand wieder herzustellen. Das Ergebnis der Aussprache wurde in dem folgenden Beschluß zusammengefaßt:

Die Beschäftigung von Frauen und Mädchen an Holzbearbeitungsmaschinen verbietet sich im allgemeinen Interesse wegen der hohen Unfallgefahr.

Aus diesem Grunde kann die Zustimmung zur Einstellung von Arbeiterinnen während des Krieges nur in ganz dringenden Ausnahmefällen erteilt werden, wenn die Heranziehung resp. Anlernung männlicher Arbeitskräfte zur Bedienung der Maschinen tatsächlich ganz unmöglich ist. Nur in diesem Fall darf die Zustimmung auf Grund gegenseitiger Verständigung beider Vertragsteile ausgesprochen werden. Die Zustimmung kann nur eine vorübergehende sein, d. h. sie muß wieder aufgehoben werden, wenn die in dem derzeitigen Ausnahmezustand begründete Ursache entfallen ist.

Eine Schädigung männlicher Arbeiter durch niedrige Entlohnung usw. darf durch die Beschäftigung von Arbeiterinnen nicht herbeigeführt werden.

Dieser Beschluß ist formell zur Schlichtung des Leipziger Streitfalles gefaßt worden, tatsächlich hat er aber überall Geltung, wo Verträge zwischen unserem Verband und dem Arbeitgeber-Schutzverband bestehen. Er bietet unseren Kollegen immerhin eine Handhabe, die Beschäftigung von Arbeiterinnen an Holzbearbeitungsmaschinen überall dort zu verhüten, wo kein absolut zwingendes Bedürfnis dafür vorliegt. Besonders wichtig ist der letzte Satz des Beschlusses, der auf die Entlohnung der Arbeiterinnen Bezug nimmt. Wenn für den Unternehmer die Pflicht besteht, auch der Arbeiterin einen ihrer Leistung entsprechenden Lohn zu zahlen, dann wird das Bedürfnis, Frauen zu beschäftigen, manchmal doch nicht so dringend sein.

Bei den Bemühungen, zu verhüten, daß ungeeignete Kräfte an den Maschinen beschäftigt werden, hätte man auf die Mitwirkung der Gewerbeinspektoren rechnen sollen. Bekanntlich erscheinen während des Krieges keine Gewerbeinspektionsberichte; das mag ein Grund sein, daß man von der Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbehörden jetzt wenig hört. Jedenfalls ist uns nichts bekanntgeworden, was darauf hindeutet, daß von dieser Seite dem fraglichen Gegenstand Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dagegen hat es den Anschein, als ob die Berufsgenossenschaften die zunehmende Beschäftigung ungeeigneter Personen an Maschinen schon in Gestalt steigender Unfallziffern und entsprechender Unfallrenten unliebsam zu empfinden beginnen. In einem Rundschreiben, daß der Vorstand der Sektion IX der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft (Köln) an die Mitglieder versendet hat, heißt es einleitend:

Im abgelaufenen Jahre ist die Zahl der Unfälle, meist schwerer Handschäden, bei jugendlichen Arbeitern infolge verbotswidriger Beschäftigung von solchen ungeübten, nicht über die nötige Körperkraft und Umsicht verfügenden Hilfskräften an Maschinen, insbesondere an der Kreissäge, so auffallend in die Erscheinung getreten, daß wir nicht umhin können, unsere frühere wohlgemeinte Verwarnung hiermit ernstlich und eindringlich wiederholen zu müssen.

Es wird dann auf die Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen, nach welchen die Bedienung von Triebwerken und Arbeitsmaschinen nur männlichen, über 18 Jahre alten Personen übertragen werden darf, die damit vertraut sind, und die Mitglieder der Genossenschaft werden im Anschluß daran an die Beachtung der zum Schutz von Leben und Gesundheit gerade der jugendlichen Arbeiter erlassenen Maßnahmen erinnert.

Auch unseren Kollegen kann nur empfohlen werden, zu ihrem Teil an der Beachtung und Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften mitzuwirken. Es werden draußen im Kriege so viele Menschenleben geopfert, so groß ist die Zahl derer, die mit verstümmelten Gliedern aus dem Felde in die Heimat zurückkehren, daß es schon im Interesse der Volkswirtschaft liegt, der beruflichen Unfallgefahr nach Möglichkeit entgegenzuwirken, ganz abgesehen von dem Wunsch, den einzelnen vor Schaden zu bewahren. Mit der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern an den Holzbearbeitungsmaschinen wird die Unfallgefahr bedeutend gesteigert, die Heranziehung dieser Kreise zur Maschinenarbeit sollte deshalb auf das notwendigste Maß beschränkt werden.

Aus dem Reichstag.

Nach dem denkwürdigen 24. März, der die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gebracht hat, war eine Pause in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages eingetreten. Am 5. April trat der Reichstag wieder zu einem kurzen Tagungsabschnitt zusammen. Auf der Tagesordnung stand der Etat des Reichskanzlers und des auswärtigen Amtes. Der Beratung dieses Etats waren diesmal wichtige Vorspiele hinter den Kulissen vorausgegangen. Gewisse rechtsstehende Politiker hatten es auf den Sturz des Reichskanzlers abgesehen, dessen Politik ihnen nicht schneidig genug dünkt. Es scheint insbesondere, daß der Reichskanzler ihren Annexionswünschen nicht genügend entgegenkommt. Diese Aktion, deren Einzelheiten der Oeffentlichkeit nur unvollkommen bekannt wurden, ist aber mißlungen. Der Abgang des Staatssekretärs v. Tirpitz, der im kritischen Augenblick wegen Gesundheitsrücksichten seinen Abschied nehmen mußte, war das Siegel auf dem Sieg des Reichskanzlers in dieser gegen ihn gesponnenen Intrigue.

Nicht zufrieden mit diesem Mißerfolg, hatten die Konservativen und die Nationalliberalen Anträge im Reichstage gestellt, die zur schärferen Bekämpfung Englands die rücksichtslose Verwendung der Unterseebootswaffe forderten. Daß die Beratung dieser Anträge im Plenum des Reichstages die öffentliche Besprechung wichtiger Fragen der Kriegführung notwendig machen mußte, was jedenfalls der Landesverteidigung nicht förderlich sein kann, focht diese Politiker wenig an. Es bedurfte erst etwas drastischer Mittel, die von den Vertretern der Sozialdemokraten im Ausschuß des Reichstages angewendet wurden, um diese Herren, die sich sonst rühmen, den Patriotismus in Erbpacht genommen zu haben, zu bewegen, von ihrem Vorhaben abzulassen.

Im Reichshaushaltsausschuß einigten sich die Parteien, nachdem die Regierungsvertreter die erforderlichen Auskünfte gegeben hatten, auf eine Resolution, in welcher die Politiker der Rechten, die am liebsten mit aller Welt Händel angefangen hätten, ihre Wünsche ganz bedeutend zurückstecken mußten. In dieser Resolution gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, auch von den Unterseeboten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt. Außerdem besagt aber die Resolution, und es ist das Verdienst der Sozialdemokraten, daß dieser Passus hineingenommen wurde, daß beim Gebrauch dieser Waffe die berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren sind. Dieser Resolution, auf welche sich alle Parteien geeinigt hatten, war von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine andere gegenüber gestellt worden, in welcher verlangt wird, daß der rücksichtslose Unterseebootkrieg unter keinen Umständen zur Anwendung gebracht werde. Das in dieser Resolution geforderte Verbot der warnungslosen Torpedierung der feindlichen Handels- und Passagierschiffe, durch welches sich diese Resolution hauptsächlich von der anderen unterscheidet, zeugt von tiefem Mitgefühl mit den Leiden anderer, nimmt aber keine Rücksicht auf die Lebensinteressen des eigenen Volkes. Das Unterseeboot ist nämlich, wie es in der Mehrheitsresolution heißt, eine wirksame Waffe gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung.

Die große Rede, mit welcher der Reichskanzler am 5. April die Verhandlungen einleitete, war besonders bemerkenswert durch die darin gegebene Umschreibung der deutschen Kriegsziele. Bethmann Hollweg sagte, Deutschland werde nicht freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen dem Baltischen Meer und den wolhynischen Sümpfen wieder dem reaktionären Rußland ausliefern, mögen es Polen, Balten, Litauer oder Letten sein. Im Westen will der Reichskanzler reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. Der frühere Zustand könne auch hier nicht wieder hergestellt werden; Deutschland könne das lange niedergehaltene vlämische Volkstum nicht wieder der Verwelschung preisgeben. Durch diese Rede sind die Absichten der deutschen Regierung etwas präziser umschrieben, als es bisher der Fall war, doch lassen die Worte des Reichskanzlers im einzelnen noch mancherlei Deutungen zu.

Kurz nach dieser Kanzlerrede hat der englische Ministerpräsident den Empfang einer Abordnung französischer Parlamentarier als Anlaß benutzt, in der Form eines Trinkspruches eine Antwort auf die Rede des Reichskanzlers zu geben. Von Friedensneigung ist in dieser Antwort nichts zu spüren. England will das Schwert nicht früher in die Scheide stecken, bis die militärische Herrschaft Preußens ganz und endgültig vernichtet ist. In bezug auf die Absichten im Westen heißt es, daß die Verbündeten entschlossen sind, das alte Belgien wieder herzustellen. Von Rußland sagte Asquith nichts. Aus manchen Wendungen in dieser Rede wird aber verschiedentlich geschlossen, daß sie vielleicht eine Möglichkeit zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen bieten könnte. In der Presse wird diese Frage sehr eifrig erörtert. Wir glauben aber, daß der Sache eine zu große Bedeutung beigemessen wird. So sehr wir den Frieden herbeisehnen, so meinen wir doch, daß auf die orakelhaften Worte der Staatsmänner, aus denen jeder das herauslesen kann, was ihm paßt, keine großen Friedenshoffnungen gebaut werden können; die Enttäuschung könnte gar zu groß werden.

Im Reichstag bewegte sich die Aussprache über die Rede des Reichskanzlers in den üblichen Bahnen der Etatsdebatte, wobei natürlich die Frage der Kriegsziele und die in Zusammenhang damit stehenden Fragen ausgiebig erörtert wurden. Von sozialdemokratischer Seite wurden daneben insbesondere auch die wichtigen Fragen der inneren Politik zur Sprache gebracht. Die Mängel bei der Verteilung der Lebensmittel, der Wucher, der die Preise der Lebensbedürfnisse auf eine unsinnige Höhe treibt, die Handhabung des Belagerungszustandes und der Zensur und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen. Bei der Gelegenheit wurde u. a. auch die angekündigte Novelle zum Reichsvereinsgesetz zur Sprache gebracht, eine Angelegenheit, die der Abgeordnete Scheidemann ein sehr trauriges und beschämendes Kapitel nannte. Wir haben bereits mitgeteilt, daß ein Regierungsvertreter, auf die Enthüllungen über das Kulissenspiel zur Hintertreibung des gesetzgeberischen Aktes zur Befreiung der Gewerkschaften von den vereinsgesetzlichen Fesseln, Veranlassung nahm, erneut zu erklären, daß die Vereinsgesetznovelle dem Reichstag noch in dieser Tagung vorgelegt werden wird. Warten wir ab, was dabei herauskommt. — Die zweitägige Debatte endete mit der Annahme der Kompromißresolution in der Unterseebootfrage.

An der folgenden Debatte über den Militäretat beteiligten sich die bürgerlichen Abgeordneten nicht. Von sozialdemokratischen Rednern wurden verschiedene Mißstände besprochen, so z. B. die stellenweise sehr rigorose Handhabung der Briefzensur gegenüber den Soldaten, die mitunter von untergeordneten Stellen verhängt wurde. Verlangt wurde eine Reform der Kriegsbesoldungsverordnung, eine Verbesserung der Verpflegungsverhältnisse der Truppen und eine Abänderung des Beschwerderechtes. Beim Etat des Reichsmilitärgerichtes wurde der Fall eines 45jährigen Kriegsfreiwilligen zur Sprache gebracht, der wegen tätlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten zu zehn Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Mann war, als er fieberkrank im Lazarett lag, von einem jungen Gefreiten geneckt worden und hatte diesen schließlich zur Tür hinausgeprügelt. Da dieser Gefreite an dem Tage den Dienst als Unteroffizier vom Dienst versah, wurde aus dem gleichgültigen Vorgang ein schweres Verbrechen gegen die Subordination. Der Vorfall gab die Veranlassung zur sofortigen Annahme eines Antrages, durch welchen der Reichskanzler ersucht wird, dem Reichstag baldigst eine Vorlage über die Herabsetzung der Mindeststrafen im Militärstrafgesetzbuch vorzulegen.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung benutzte der Kriegsminister Wild v. Hohenborn, um sich dem Reichstag vorzustellen und seinen Siegeswillen zu bekunden. Die Vorlage bezweckt, die Möglichkeit zu schaffen, einen Teil der den Kriegsbeschädigten zustehenden Bezüge zu kapitalisieren. Dadurch sollen sie instand gesetzt werden, sich seßhaft zu machen. Man denkt dabei hauptsächlich an die Gründung von Heimstätten auf dem Lande. Der Entwurf wurde der Haushaltskommission überwiesen und ebenso auch der Entwurf, durch welchen das Versprechen der Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung eingelöst werden soll. Beide Entwürfe sind für die Arbeiterschaft wichtig, und wir werden uns noch näher mit ihnen beschäftigen, wenn sich übersehen läßt, in welcher Form sie Gesetzeskraft erlangen.

Dieser Tagungsabschnitt des Reichstages, der nur fünf Sitzungstage umfaßte, war der erste, in welchem das Reichsparlament zwei getrennte sozialdemokratische Fraktionen sah. Dieser Umstand hat sich in den Verhandlungen sehr stark bemerklich gemacht, weder zum Vorteil des Reichstages noch zum Nutzen der Arbeiterschaft. Bei verschiedenen Gelegenheiten kam es zwischen den Angehörigen der beiden Fraktionen zu scharfen Zusammenstößen, die auf das lebhafteste bedauert werden müssen. Die unselige Spaltung droht schlimme Folgen zu zeitigen. Wenn man die Vorgänge im Reichstag und ihre Fortsetzung in der Tagespresse verfolgt, dann eröffnen sich trübe Aussichten. Die Hoffnung, daß es noch gelingen könnte, den Riß zu schließen, sinkt immer tiefer. Wir müssen befürchten, daß der Bruderzwist der Arbeiterschaft noch schweren Schaden zufügt, ehe man sich entschließen wird, die Streitaxt zu begraben. Der Streit und seine Begleiterscheinungen sind um so schmerzlicher, als gerade während des Krieges und nach Beendigung des Krieges die Einigkeit der Arbeiter doppelt notwendig wäre.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 18. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

156272 Robert Schulze, Tschl., geb. 20. 8. 67 zu Lissa.
206250 Ernst Eckhardt, Tschl., geb. 1. 2. 71 zu Kamenz.
383003 Rosa Pohl, Mech.-Arbeit., geb. 24. 1. 90 zu Berlin.
507771 Herm. Rauch, Tschl., geb. 19. 8. 62 zu Zanow.
706228 Fritz Schulz, Tschl., geb. 4. 5. 87 zu Crossen.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Bamberg. Unsere Zahlstelle, die sich bis zum Jahre 1913 bis auf 270 Mitglieder emporgearbeitet hatte, erhielt durch den unglücklichen Streik bei der Bamberger Möbelindustrie Firma Gerst einen Stoß, von dem sie sich seit Kriegsausbruch noch nicht wieder erholt hatte. Immerhin zählten wir auch zu dieser Zeit noch 200 Mitglieder. Seitdem ging es aber immer weiter zurück. 132 Kollegen stehen bis jetzt im Heeresdienst, von denen leider schon 9 auf den Schlachtfeldern ihr Leben lassen mußten; 59 Mitglieder sind noch am Orte der Organisation treu geblieben. Nur 9 Kollegen haben das Hasenpanier ergriffen, natürlich nicht ohne vorher die ihnen nur teilweise zu Recht zustehenden Unterstützungen herausgeholt zu haben. Der alte Stamm der Kollegen hält indessen um so fester zusammen. Regelmäßig finden die Monatsversammlungen statt, die alle verhältnismäßig gut besucht sind. Der Beschäftigungsgrad ist gut, Arbeitslose sind nicht vorhanden. Leider wird von den Kollegen, die unserem Verband noch nicht angehören, diese für uns günstige Situation nicht ausgenutzt zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. So arbeitet ein Betrieb, Firma Weidlich, mit 15 Arbeitern täglich von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr und noch länger, bei Stundenlöhnen von 25 bis 45 Pf., obwohl sie gut genug wissen, daß die hier übliche Arbeitszeit nur 55 bis 57 Stunden beträgt. Selbst Sonntagsarbeit wurde dort bis vor kurzer Zeit noch regelmäßig geleistet. Alle unsere Versuche, die Leute dieses Betriebes zu organisieren, waren bis jetzt erfolglos. Der Pianofortefabrikant Neupert nützte den Krieg für sich aus, indem er die Löhne seiner Arbeiter um ein Drittel auf 18 Mark kürzte. Später hat er dann großmütig wieder 3 Mark zugelegt, so daß die Leute mit früher 27 Mark trotz der großen Teuerung jetzt nur 21 Mark erhalten. Natürlich sind auch dort von ungefähr 15 Arbeitern nur einzelne organisiert, aber auch diese wenigen glauben ihre Schuldigkeit getan zu haben, wenn sie der Organisation ihren Beitrag zahlen. So ist es kein Wunder, wenn auch andere Arbeitgeber die Forderungen unserer Kollegen auf Teuerungszulage nicht bewilligen, und es auch sonst aller Anstrengungen der Verbandsleitung bedarf, die bestehenden Arbeitsbedingungen nicht verschlechtern zu lassen. Ist also nicht viel Erfreuliches aus unserer Zahlstelle zu berichten, so erfüllt es uns andererseits mit Genugtuung, berichten zu können, daß die Firma Gerst, die sich seit dem Streik beharrlich weigerte, Mitglieder unseres Verbandes in ihrem Betriebe aufzunehmen, durch den Krieg gezwungen diesen Standpunkt aufgeben mußte. Neben 15 gefangenen Russen und Franzosen sind nun dort eine ganze Reihe Mitglieder unseres Verbandes beschäftigt. Die Verhältnisse haben sich also auch hier stärker erwiesen als der menschliche Wille, doch schwingt sich auch diese Firma nicht auf, ihren Arbeitern auch nur eine kleine Teuerungszulage zu gewähren, es sei denn, daß sie durch die zu leistenden Ueberstunden in den Genuß höherer Löhne gebracht werden sollen. Dieses Mittel, die Löhne zu erhöhen, könnte allerdings für die Arbeiter recht verhängnisvoll werden, wie der Leitartikel der Nummer 16 unserer Holzarbeiter-Zeitung deutlich genug beweist, wenn die Kollegen nicht auf dem Damm sind und die erkämpften Errungenschaften hochhalten. Darum, Kollegen, seid auf der Wacht! Wehret den Anfängen!

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Auf Grund der Tarifverträge treten am 1. Mai folgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Kraft:

Coswig (Fa. Gebr. Behrend): Stundenlohnzulage von 2 bzw. 1 Pf. und dementsprechend Steigerung der Mindestlöhne. Die Akkordpreise werden um 2 Prozent erhöht.

Darmstadt (Vereinigung der Arbeitgeber usw., Einzelfirmen ab 15. Mai, Kunstmöbelfabrik Ziegler ab 1. Mai): Die Stundenlöhne werden um 2 Pf. erhöht, dementsprechend steigen auch die Mindestlöhne.

Düsseldorf (Stellmacher): Stundenlohnerhöhung 1 Pf.

Erlangen (Fa. Georg Schnipp u. Co.): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden, Lohnerhöhung 2 Pf. pro Stunde und demgemäß Steigerung der Mindestlöhne.

Freiberg i. Sa. (Fa. Gustav Kurtz): Lohnzulage ab 15. Mai 1 Pf. pro Stunde; die Akkordpreise werden um 2½ Prozent erhöht.

Gotha (Fa. Kämmerer): Stundenlohnerhöhung 2 Pf.

Holzgerlingen (Fa. Lauxmann): Der Mindeststundenlohn wird um 1 Pf. erhöht.

Kempten (Schreiner): Lohnerhöhung 1 Pf. pro Stunde und entsprechende Steigerung der Mindestlöhne.

München (Modelltischler): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden und Erhöhung der Stunden- und Mindestlöhne um 1 Pf.

Rabenau (Firmen L. Bachmann und Br. Wätzig): Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 53 auf 52 Stunden verkürzt und der Stundenlohn um 1 Pf. erhöht. Der Normallohn für Tischler und Polierer beträgt 60 Pf. die Stunde.

Solingen (Fa. Kieserling u. Albrecht): Der Stundenlohn wird um 2 Pf. erhöht; der Einstellungslohn beträgt 60 bzw. 57 Pf.

In Bochum beschloß auf eine Eingabe die Schreinerinnung sowie auch der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, eine Teurungszulage von 5 Pf. die Stunde zu zahlen. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, wurden diese Beschlüsse auch seitens der einzelnen Arbeitgeber durchgeführt.

In Elberfeld-Barmen wurden am 23. März Eingaben wegen Gewährung von Teurungszulagen an die Schreinerinnungen beider Städte sowie auch an den Ortsverband des Arbeitgeber-Schutzverbandes gemacht. Während in allen anderen Städten des Gaues, wo diesbezügliche Eingaben gemacht wurden, die Arbeitgeber Verständnis zeigten und den zweifellos sehr berechtigten Wünschen der Arbeiter in mehr oder weniger entgegenkommender Weise entsprachen, versagten hier die beiden Innungen und auch der Schutzverband vollständig. Die Barmer Innung glaubte die Gehilfen auf dem Wege der Leistung von Ueberstunden verweisen zu müssen, ja, sie erklärte sich sogar gern bereit, durch Rundschreiben an ihre Betriebe heranzutreten, einen Auftrag unsererseits wegen Einführung von Ueberstunden zu unterstützen. Die Elberfelder Innung ergeht sich in ihrem Antwortschreiben in allerlei Klagelieder über die schlechte Lage des Handwerks bzw. der Meister, deren eine ganze Anzahl nur Gehilfen beschäftigten, um sie während des Krieges nicht der Arbeitslosigkeit auszusetzen. Wörtlich schreibt der Innungsvorstand dann weiter: „Den Meistern, die mit Aufträgen versehen sind, soll in der nächsten Innungsversammlung nahegelegt werden, den beschäftigten Gehilfen, soweit dieses noch nicht oder nicht in ausreichendem Maße geschehen sein sollte, eine den Verhältnissen entsprechende Zulage zu geben.“ Als Letzter antwortete der Schutzverband von Barmen-Elberfeld am 17. April: „Es habe eine eingehende Beratung bezüglich der Eingabe stattgefunden mit dem Ergebnis, daß eine allgemeine Lohnerhöhung unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht stattfinden könne, besonders auch, da der Tarifvertrag eine solche ausschließe. Sofern die Arbeiter ihren Einfluß bei den Stadtverwaltungen um höhere Stundenpreise mit Erfolg mit zur Geltung bringen könnten, sei man aber gern bereit, unseren Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen.“ Die Arbeiter werden die Antworten der Arbeitgeber von Elberfeld-Barmen im Gedächtnis behalten.

Aus Hanau wird berichtet, daß für die Arbeiter und Arbeiterinnen der drei Betriebe der Firma J. Brüning u. Sohn Akt.-Ges., Zigarrenkistenfabriken in Langendiebach bei Hanau, Ragnit in Ostpreußen und Frankenberg in Sachsen ein Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage eingereicht wurde. Nach Verhandlungen bewilligte die Firma eine zehnprozentige Lohnerhöhung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, und zwar sowohl für Lohn- wie Akkordarbeiter. Das bedeutet eine Verdienststeigerung von 2 Mk. bis 3,20 Mk. pro Woche.

In Itzehoe hatten die wiederholten Bemühungen der Lokalverwaltung den Erfolg, daß die Tischlerinnung und der Arbeitgeber-Schutzverband beschlossen, den verheirateten Kollegen eine wöchentliche Teuerungszulage von 2 Mk. zu gewähren. Die Zulage ist ja sehr bescheiden, und es ist bedauerlich, daß sie so spät kommt, aber immerhin können die Kollegen daraus lernen, daß es nicht gleichgültig ist, ob man den Bestrebungen des Verbandes Interesse entgegenbringt oder nicht. Es wäre zu wünschen, daß sie sich auch künftig an den Veranstaltungen des Verbandes mit Eifer beteiligen.

In Memel gelang es, die Verhandlungen wegen Gewährung einer Teuerungszulage am 10. April zum Abschluß zu bringen. Sie zeitigten folgendes Ergebnis: Auf alle nach den bestehenden Tarifsätzen erzielten Lohn- oder Akkordverdienste wird ein Zuschlag von 10 Prozent gezahlt. Außerdem erhalten alle verheirateten Arbeiter eine wöchentliche Zulage von 2 Mk. Das bedeutet auf die bisher gezahlten Löhne eine durchschnittliche Erhöhung von 18 Prozent. Die Verhandlungen gestalteten sich hier recht schwierig. Die bisher ausgefochtenen Lohnkämpfe waren ausnahmslos Aussperrungen von seiten der Unternehmer, und bei den Verhandlungen wurde mehr, als notwendig war, von den Arbeitgebern zum Ausdruck gebracht, daß sie in diesem Kriege nichts zugelernt haben. Ueber die „lieblichen“ Anwürfe, die unseren Vertretern gemacht wurden, und die schon so oft widerlegt worden sind, können wir zur Tagesordnung übergehen. Unseren Kolleginnen und Kollegen aber mag es als Beweis dafür dienen, daß ein Festhalten an der Organisation und ein weiterer Ausbau derselben eine zwingende Notwendigkeit sind.

In Remscheid erkannte eine Innungsversammlung die Wünsche der Arbeiter um Gewährung einer Teuerungszulage als berechtigt an. Die Versammlung beschloß, den Gehilfen 4 bis 5 Pf. pro Stunde mehr zu zahlen.

In Tilsit ist es durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern in der Schneidemühlenindustrie gelungen, für die dort beschäftigten Kollegen eine Teuerungszulage von 7½ Pfennig pro Arbeitsstunde zu erreichen. Es ist dieses eine Zulage für die Schneidemüller von 18 Prozent und für die Mühlen- und Platzarbeiter eine Zulage von 22 Prozent. Wenn diese Zulage auch nicht den veränderten Zeitverhältnissen entspricht, so muß bei dem schlechten Geschäftsgang auf den Schneidemühlen das Entgegenkommen der Arbeitgeber anerkannt werden. Gleichzeitig haben wir vereinbart, daß im September d. J. erneut Verhandlungen über eine anderweitige Festsetzung der Löhne stattfinden sollen.

In Worms erreichten unsere Kollegen bei der Firma Gebr. Müller, Bauschreinerei, eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde, davon wurden 3 Pf. sofort zugelegt, die restlichen 2 Pf. bekommen die Kollegen nach Ablauf von vier Wochen.

Soziales.

Reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises.

Wir lesen in der Tagespresse:

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband der Deutschen Gewerkvereine, die Polnische Berufsvereinigung sowie das Bureau für Sozialpolitik haben gemeinsam eine Eingabe über die Regelung des Arbeitsnachweises an die zuständigen Instanzen gerichtet. Sie halten grundsätzlich an ihrer gemeinsamen Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweiswesens fest. Sie erachten diese nicht für ersetzbar durch ein Vorgehen der Landeszentralbehörden im Verwaltungswege. Nachdem sich indessen die Reichsregierung und ihr folgend die Landesregierungen bis in die letzten Wochen hinein gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises während des Krieges ausgesprochen haben, legen die genannten Körperschaften Wert darauf, daß im Verwaltungswege keine die später durchzusetzende reichsgesetzliche Regelung erschwerende tiefgreifende einzelstaatliche Ungleichheit auf diesem Gebiete geschaffen werde. Auch wollen sie der Gefahr begegnen, daß die ganze verwaltungsmäßige Regelung an der Oberfläche bleibe, für die bevorstehenden schweren Aufgaben der Arbeitsvermittlung aber keinen wesentlichen Nutzen bringe. Daher erheben sie gemeinsam Mindestforderungen an eine vorläufige Regelung des Arbeitsnachweiswesens durch Zusammenwirken der Behörden mit den sozialen Selbstverwaltungskörpern und werden diese unbeschadet ihrer weitergehenden Wünsche öffentlich in den Vordergrund stellen.

Danach sollen die Landeszentralbehörden der einzelnen Bundesstaaten unverzüglich dahin wirken, daß ein gemeindlicher Arbeitsnachweis für alle gewerbereichen Orte, zumindest in den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern, errichtet werde. Die Landeszentralbehörden können nach Anhören von Vertretern der Gemeinde, der Arbeitgeber und der Arbeiter von Fall zu Fall einen gemeindlich unterstützten Arbeitsnachweis als ausreichend erklären, falls dieser paritätisch verwaltet wird.

Dem gemeindlichen oder ihm gleichgestellten Arbeitsnachweis ist die Errichtung eines paritätischen Verwaltungsausschusses aufzuerlegen.

Der gemeindliche Nachweis kann nach Verständigung mit den am Orte befindlichen anderen nichtgewerbsmäßigen Nachweisen die Aufgaben einer örtlichen Zentralauskunftsstelle übernehmen.

Die höheren Verwaltungsbehörden sind anzuhalten, für größere Gebiete Zentralauskunftsstellen zu schaffen. Den nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen ist durch Wahl eines Beirats und Vorstandes, in dem alle Arbeitsnachweisgruppen gleichmäßig vertreten sind, entscheidender Einfluß auf die Geschäftsführung der Zentralauskunftsstelle zu gewähren.

Für die Durchführung dieser Bestimmung errichtet jeder Bundesstaat oder zu diesem Zwecke von mehreren Staaten begründete Verband eine Landeszentrale für Arbeitsvermittlung. Die Landeszentralen haben der „Reichszentrale der Arbeitsnachweise“ regelmäßig Bericht zu erstatten, um diese in den Stand zu setzen, durch Hinweise und Vorschläge ein einheitliches und wirksames Arbeiten der Arbeitsnachweise im ganzen Reiche herbeizuführen.

Die fünf genannten Körperschaften halten eine Regelung der Arbeitsvermittlung in der bezeichneten Weise für um so notwendiger, als die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand das Arbeitsnachweiswesen vor ganz neue und besonders geartete Aufgaben stellen wird, die nur durch ein Zusammenarbeiten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sowie der militärischen Stellen untereinander und mit den Organen der Arbeitgeber- und der Arbeiterschaft gelöst werden können.

Die Gesellschaft für Soziale Reform tritt den Grundgedanken und Zielen der vorstehenden Forderungen der genannten Organisationen bei und spricht die dringende Erwartung aus, daß vor Beendigung des Krieges der Arbeitsnachweis so gerüstet dastehe, daß er allen Ansprüchen gerecht werden könne.

Parteispaltung und Arbeiterbewegung.

Sehr beachtenswerte Gedanken über die Wirkung der Parteispaltung auf die Arbeiterbewegung entwickelt der „Regulator“, das Organ des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Metallarbeiter. Das Blatt schreibt:

„Die Spaltung der Partei wird nach dem Kriege kommen, und sie wird die Gewerkschaften stark in Mitleidenschaft ziehen. Dieser Vorgang wird die Aktionskraft der freien Gewerkschaften auf lange hinaus schwächen. Eine Schwächung der freien Gewerkschaften

in der Zeit, wo die bisher sich befehdenden Gruppen der Arbeitgeber- und Unternehmerorganisationen sich zusammenfanden und „Herren der Burg" bleiben wollen, wäre eine Schwächung der ganzen deutschen Arbeiterbewegung, und die anderen Richtungen der Arbeiterbewegungen wären nicht die „lachenden Dritten", sondern die Mitleidenden. Eine kluge, weitausschauende Arbeiterpolitik müßte die anderen Richtungen dahin bringen, den freien Gewerkschaften während ihrer bevorstehenden inneren Krisis keine Schwierigkeiten zu bereiten, die Entwicklung dort sich ruhig vollziehen zu lassen. Das wäre die beste Taktik einer näheren Zusammenführung der verschiedenen Richtungen. Wenn der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund deutscher Industrieller sich im Kriegsausschuß der Industrie einigen konnten, wenn diese mit dem Bund der Landwirte und den Mittelstandsverbänden in wichtigen Fragen zusammengehen können, dann muß es auch möglich sein, daß sich die Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung näher zusammenfinden. Das ist bei der großen Gefahr durch die einflußreichen Unternehmerkreise ein Gebot der Stunde. Die Erkenntnis einer besseren Verständigung ist in den Arbeiterkreisen sicher gewachsen, diese Entwicklung hat der Krieg gefördert, aber wie es so geht, da heißt es in manchen Kreisen schon: es sollte überhaupt nur eine einzige Arbeiterpartei geben, die wählt selbst Vertreter in die Parlamente, und diese vertreten nur Arbeiterinteressen. Wünschen kann man alles, praktisch durchführen nur, was möglich ist. Das wäre zunächst die Anbahnung besserer gegenseitigen Verständigung auch nach dem Kriege."

Der „Regulator" hat einer engeren Verbindung zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen schon früher das Wort geredet. Seine Annahme, daß eine Schwächung der freien Gewerkschaften zu einer Schwächung der ganzen deutschen Arbeiterbewegung führen würde, ist durchaus zutreffend, und es ist anerkennenswert, daß der „Regulator" dieses Wort, das eine Anerkennung der Bedeutung der freien Gewerkschaften in sich schließt, offen ausspricht. Aber gerade weil ein Uebergreifen der Spaltung auf die Gewerkschaften die Arbeiterbewegung ungeheuer schädigen würde, haben wir alle Ursache, der Spaltungspolitik entgegenzuwirken und sie jedenfalls aus unseren Gewerkschaften fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Der christliche Holzarbeiterverband veröffentlicht seinen Kassenbericht für das Jahr 1915. Wie alle Gewerkschaften, so hat auch dieser Verband infolge des Krieges eine starke Einbuße an Mitgliedern erfahren. Ueber den Mitgliederstand wird zwar nichts mitgeteilt, aber ein Vergleich der Einnahmen läßt doch einen Rückschluß zu. Im Jahre 1913 betrug die Einnahme an Beiträgen 527 212 Mk., der Mitgliederstand am Jahresschluß 17 669. Im Jahre 1914 hat sich die Beitragssumme auf 399 876 Mk. vermindert, und die Mitgliederzahl war bis zum Jahresschluß auf 8772 zurückgegangen. Im Jahre 1915 wurden nur noch 159 903 Mk. an Beiträgen eingenommen. Größere Ausgabeposten in der Jahresabrechnung sind Arbeitslosenunterstützung, wofür die Hauptkasse 21 005 Mk., die Ortskassen 2320 Mk. aufgewendet haben; an Kriegs- und Weihnachtsunterstützungen zahlte die Hauptkasse 51 084 Mk., die Ortskassen einschließlich sonstiger Unterstützungen 35 977 Mk. An Sterbegeld wurden 10 668 Mk. gezahlt, dagegen erforderte die Reiseunterstützung nur 80 Mk. aus der Hauptkasse und 30 Mk. aus den Ortskassen. Die Gesamtausgaben überstiegen die Einnahmen, und zwar bei der Hauptkasse um 13 165 Mk., bei den Ortskassen um 31 517 Mk. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahresschluß bei der Hauptkasse 531 635 Mk., bei den Ortskassen 105 348 Mk.

Der Gewerkverein der Holzarbeiter begnügt sich bei der Besprechung der Jahresabrechnung im Vereinsorgan mit der summarischen Mitteilung, daß die Einnahmen an Eintrittsgeldern und Wochenbeiträgen im Jahre 1915 die Gesamtsumme von 101 480 Mk. ergeben haben. Ueber den Mitgliederstand werden keine Mitteilungen gemacht. Nach den Veröffentlichungen, die an anderer Stelle in früheren Jahren über die Abrechnungen der Gewerkvereine gemacht wurden, betrug im Jahre 1913 die Einnahme des Gewerkvereins der Holzarbeiter an Eintrittsgeldern und Wochenbeiträgen 157 864 Mk. bei 5310 Mitgliedern; im Jahre 1914 ergaben diese Einnahmeposten 129 818 Mk. bei 3334 Mitgliedern. Wenn jetzt zur Erklärung des Rückganges dieses Einnahmepostens auf 101 527 Mk. im Jahre 1915 gesagt wird, daß die Hälfte der Mitglieder im Felde steht, so scheint hinter diesen Angaben noch eine Unstimmigkeit zu stecken. Der Rückgang der Beiträge um etwa ein Drittel gegenüber 1913 bei einer Verminderung der Mitgliederzahl um die Hälfte würde bedeuten, daß sich die Beitragsleistung des einzelnen Mitgliedes während des Krieges beträchtlich gehoben hat. Das ist aber nicht sehr wahrscheinlich. Es ist aber auch zwecklos, sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Die Ausgaben des Gewerkvereins haben sich gegenüber dem Vorjahr bedeutend vermindert. Die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung erforderte 11 698 Mk. (1914 73 116 Mk.). An Krankengeld wurden 24 774 Mk. (48 485 Mk.), an Sterbegeld 10 911 Mk. (12 896 Mk.) ausgegeben. Diese beiden Unterstützungen stehen zwar in der Abrechnung des Gewerkvereins, sie werden aber nicht aus dessen Kassen, sondern aus besonderen Kasseneinrichtungen gezahlt. Das Barvermögen des Gewerkvereins ist im letzten Jahre von 209 420 Mk. auf 234 149 Mk. gestiegen.

Belgische Holzarbeiter in London.

Der Februarnummer des Monatsberichts des englischen Möbelarbeiterverbandes entnimmt die „Internationale Korrespondenz" eine Notiz über die Konkurrenz, die die belgischen Flüchtlinge in London den englischen Arbeitern machen. Unter dem Vorwand, daß der Geschäftsgang sich verschlimmerte, entließ die große Londoner Möbelfirma Warings englische Arbeiter und behielt die belgischen, die noch obendrein Ueberstunden machten. Das Geheimnis dieses Vorgehens ist darin zu finden, daß die englischen Arbeiter 11,5 Pence die Stunde erhielten, während die belgischen sich mit 8,5 Pence begnügen. Die Organisation der Möbelarbeiter beschwerte sich hierüber beim amtlichen Produktionsausschuß, der während des Krieges über gewerbliche Streitigkeiten zu entscheiden hat. Die Entscheidung fiel jedoch zugunsten des Unternehmers aus. Die Organisation wandte sich sodann an die Regierungskommissare, die sich mit belgischen Flüchtlingsangelegenheiten zu beschäftigen haben, ebenso wurden hierüber Fragen an den Unterstaatssekretär des Handelsministeriums im Parlamente gestellt. Diese Behörden waren mit dem Entscheid des Produktionsausschusses nicht einverstanden, aber sie können ihn nicht beseitigen. Die englischen Möbeltischler sind entschlossen, die Sache weiter zu verfolgen.

Literarisches.

Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege. Von Konrad Haenisch. Verlag von C. A. Schwetschke u. Sohn, Berlin. Preis 2,50 Mk.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Haenisch spielt als Publizist in der Krise, in der sich die Sozialdemokratie gegenwärtig befindet, eine hervorragende Rolle. Das vorliegende Buch ist aber keine Streitschrift. In ruhiger, sachlicher Weise schildert es die Lage der sozialdemokratischen Partei. Obwohl selbst im Mittelpunkt der Kämpfe stehend, hat sich der Verfasser mit Erfolg bemüht, leidenschaftslos zu berichten; er läßt auch seinen Gegnern volle Gerechtigkeit widerfahren. Sehr zutreffend sagt er: Von dem Ausgang der Krise, in der sich heute die deutsche Sozialdemokratie befindet, wird in den nächsten Jahrzehnten zu einem guten Teil die Gestaltung der inneren und äußeren Politik Deutschlands abhängen. Das vorliegende Buch ist ein gutes Hilfsmittel, den inneren Gehalt der Krise auch dem verständlich zu machen, der ihre Entwicklung nicht im einzelnen verfolgt hat.

Gegen die Moskowiter. 1. Halbband: Die Masurenschlachten. Von Dr. Kurt Floericke. Preis geheftet 1 Mk. Aus der Sammlung „Stuttgarter Kriegsbücher". Stuttgart, Franckhsche Verlagshandlung.

Karte von Belgien und dem angrenzenden Nordfrankreich. 10 Blatt in Schummerungsmanier gezeichnet. Maßstab 1:200 000. Mit alphabetischem Ortsverzeichnis. Blatt 1: Ostende—Ypern. Preis des Blattes 50 Pf. Stuttgart, Franckhsche Verlagshandlung.

Diese Karte ist das erste Blatt aus einer Serie, die insgesamt 10 Blätter umfassen soll. Die außerordentliche Uebersichtlichkeit macht dieses Kartenwerk besonders empfehlenswert.

Gestorbene Mitglieder.

Max Schwiertzke, Masch.-Arb., 38 J., gest. in Landsberg a. W.
Paul Hoppe, Knopfmacher, 30 Jahre, gest. in Frankenhausen.
Karl Sauer, Tischler, 52 Jahre, gest. in Eilenburg.
Gustav Neumann, Tischler, 49 Jahre, gest. in Gardelegen.
Peter Leipold, Bleistiftarbeiter, 45 J., gest. in Nürnberg.
Isidor Wallner, Masch.-Arb., 25 J., gest. in Nürnberg.
Gustav Brumme, Harmonikatischler, 54 Jahre, gest. in Altenburg (S.-A.).
Ernst Burkhardt, Harmonikamacher, 53 Jahre, gest. in Altenburg (S.-A.).
Adolf Naak, 35 Jahre, gest. in Meißen.

Ehre ihrem Andenken.

Bekanntmachung.

In der am 5. Mai 1916, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindenden Mitgliederversammlung findet eine Ersatzwahl für den **Verbandsausschuß** statt.

Stuttgart, den 21. April 1916.

Die Lokalverwaltung.

Tüchtige Möbeltischler,
die selbständig nach Zeichnung arbeiten können, sofort gesucht.
L. A. Größner Möbelfabrik, Lüneburg, Markt 2.

Zur Massenerzeugung von Liegnitzer Ringtischen werden **Tischler** sowie **Maschinenarbeiter** gesucht.
H. Fritsche & Co., Liegnitz.

Mehrere tüchtige **Modelltischler** für dauernde Beschäftigung gesucht.
Paul Heinrich Padens, Bismar i. M.

Tischler, Polierer,
mehrere tüchtige, für dauernde Beschäftigung gesucht.
Grotrian, Steinweg Nachf., Hofpianofortefabrik, **Braunschweig.**

Tüchtiger Maschinenarbeiter sowie mehrere Tischler zum sofortigen Antritt gesucht.
Ader & Feldrapp, Pianofortefabrik, **Jena.**

Tüchtige Stuhlbauer und tüchtige Maschinenarbeiter gesucht.
Waldeckische Stuhlfabrik G. m. b. H., Mengeringhausen.

Mehrere tüchtige **Stuhlbauer und Tischler** für bessere Sitzmöbel sofort gesucht von
Theodor Geilhufe, Sitzmöbelfabrik, **Geringswalde i. Sa.**

Ein **Drechsler** sofort gesucht.
H. Hoffmann, Preetz (Holstein).

Tüchtiger Stellmacher
für Land-Stellmacherei mit elektr. Betrieb sofort gesucht. Selbe Stellmacherei ist eventl. auch spottbillig zu verkaufen. Off. an **Naumann, Leipzig,** Moltkestr. 9.

Holzpantoffelmacher finden sofort lohnende Arbeit.
Richter, Holzpantoffelfabrik, **Hannover,** Bischofsholderdamm 10 b.

Tüchtiger Zelluloidbläser
als Vorarbeiter für die Puppenfabrikation gesucht. Offerten unter R. O. 429 an die Expedition dieser Zeitung.

Ein **Zelluloidbläser** als Vorarbeiter für Puppenfabrik nach Offenbach a. M. verlangt.
Zentralarbeitsnachweis für die Stock-, Kamm- und Schirmindustrie, Berlin SO. 16, Rungestraße 30.

Korbmacher auf Mattarbeit zu sofort gesucht. Hoher Lohn.
Ernst Rothbart, Korbmachermeister, **Stralsund,** Badenstr. 10.

Tüchtige **Korbmacher** auf Grüngeschlagen und Mattarbeit bei tarifmäßigem Lohn stellt für dauernd ein **Fr. Allrich, Perleberg.**

Tüchtige Korbmacher
für Geschoßkörbe zu Tarifklasse I werden eingestellt.
Theodor Reimann, Kgl. Hoflieferant, **Dresden-N.,** Königstr. 3.

Korbmacher auf Geschoßkörbe sofort gesucht.
Friedrich Sachse, Nietleben bei Halle a. S.

2 Korbmacher
auf Grüngeschlagen stellt sofort ein
Franz Treibar, Korbmachermeister, **Zöpen bei Küritzsch,** Bez. Leipzig.

10 Korbmacher für sofort gesucht auf Geschoßkörbe, 15er Langgranaten und auf Mattarbeit. Lohn nach Tarif.
Wilh. Sandau, Gardelegen (Altmark.)

Einige Korbmacher
auf runde Geschoßkörbe gesucht.
Gebr. Wolff, Bernburg.

Korbmacher
auf Grün, Gematt und Geschlagen, 30 Proz. Tarifzuschlag, Berliner Körbe 1 Mk. Lohn, Holz gut zugerichtet, stellen jederzeit ein
Gebr. Vetter, Kötzschenbroda bei Dresden.

4 Korbmacher,
einer auf Weißgeschlagen und drei auf grüne Kohlen- und Kartoffelkörbe, stellt sogleich für dauernd ein, bei 20 Proz. Zuschlag,
Gottfried Wolle, Bergen (Insel Rügen).

50 Korbmacher
auf Geschoßkörbe sofort gesucht.
Georg Wicht, Rohrwarenfabrik, **Eisleben.**

10 Korbmacher
auf Minenkörbe stellen ein
Bohnsack & Co., Barmen.

Korbmacher auf Drillinge, Grün, Gematt und Geschlagen sucht bei 30 Proz. Kriegszulage
Robert Hörnig, Radebeul bei Dresden.

Einen **Korbmacher** auf grüne Mattarbeit stelle sofort ein. Auch Winterarbeit.
Friedrich Reichert, Korbwaren, Gardelegen (Altmark).

Für Ausflüge im Frühjahr.
Mit Rucksack und Wanderstab. Von Jürgen Brand. Geheftet 20 Pf.
Die Wetterkunde. Anleitung zum Erkennen der Wettervorgänge. Mit 20 Abbildungen. Von G. Walter. Geheftet 75 Pf., gebunden 1 Mk.
Die Bäume und Sträucher unserer Wälder. Von Forstassessor Feucht. Gebunden 1,40 Mk.
Der Pflanzensammler. Anleitung zum Sammeln und Zubereiten von Pflanzen. Von R. Mitzbach. Gebunden 1,40 Mk.
Allgemeine Pilzkunde. Von Professor Migula. Gebunden 1,40 Mk.
Bei vorheriger Einsendung des Betrages erfolgt portofreie Zusendung durch die
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Wochenbericht vom Sonnabend, 15. April, bis Freitag, 21. April 1916.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	25	—	54	64	66	34	24	—	21	28	—	36	7	—	7	89	5	72	237	71	224
Bremen	8	—	9	8	2	3	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17	2	13
Breslau	1	—	8	3	6	—	—	2	—	—	2	—	—	—	—	1	2	4	5	12	12
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	4	—	—	1	3	2	1	—	1	—	2	—	—	—	—	—	—	—	6	5	3
Eilenburg	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	—	2	21
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	9	—	32	3	4	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	2	13	4	35
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	3	9	11	7	22	11	5	3	2	2	7	—	—	1	—	—	3	3	17	45	27
Lübeck	3	—	—	2	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	3
Zusammen	53	9	114	88	105	53	31	5	25	31	11	37	7	1	7	90	10	102	300	141	337
Vor. Woche	52	7	103	113	104	81	40	12	32	40	9	43	5	2	9	135	12	136	385	146	404

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.